

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegramm-Adresse
„Tageblatt“, Riesa.

Amtsblatt

Fernsprechstelle
Nr. 20.

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 113.

Donnerstag, 18. Mai 1893, Abends.

46. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla, den Ausgabestellen, sowie am Schalter der kaiserl. Postämtern 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. **Kaysergen-Nachnahme** für die Nummer des Ausgabestages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gebühr.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Kasanthenstraße 50. — Für die Redaction verantwortlich: Herm. Schmidt in Riesa.

Bekanntmachung.

Die auf Grund des Gesetzes vom 29. April 1890 hieortorts beantragte Wahl einer Vertretung der Grundständenzusammensetzungsgenossenschaft zu **Gröba** soll unter Leitung des damit beauftragten Herrn Geheimen Regierungsraths Dr. Freyherrn von Vernewig **Sonnabend, den 27. Mai dieses Jahres** vorgenommen werden.

Die Mitglieder der genannten Genossenschaft werden daher unter Hinweis auf § 11, insbesondere Absatz 1 und 4, des angezogenen Gesetzes geladen, zu diesem Zwecke an genanntem Tage

pünktlich Vormittags $\frac{1}{9}$ Uhr
im Wafshofe zu Gröba

persönlich sich einzufinden und des Weiteren gewärtig zu sein.
Nicht rechtzeitig Erscheinende werden nach Befinden von der Wahlhandlung ausgeschlossen.
Dresden, am 15. Mai 1893.

Königliche Kreishauptmannschaft daselbst,
als Verwaltungskommission für Ablosungen und Gemeinheitsheilungen.

von Hausen.

Böhme, S

672.

Tagesgeschichte.

Bislang hat die Wahlbewegung wenig erfreuliche Momente gezeigt. Man ist bis weit in die rein-deutschen Volkstheile hinein verstimmt und vielfach leider geneigt, sich der Wahl ganz zu enthalten. Die Schuld hieran trägt unzweifelhaft zum großen Theil die Reichsregierung. Den ungeliebten Hader gegen den Fürsten Bismarck, den hochverdienten Helden, versteht man, gelinde gesagt, nicht und die gegenseitige Befehdung der in vielen Punkten gleiche Bestrebungen verfolgenden Parteien, wie Conservative und Reform, ist nur allzu geeignet, die Situation noch mehr zu verwirren. Es ist gewissermaßen eine Vahnung des politischen Willens vorhanden, die sich im ganzen Reich bemerkbar macht. Sie hat ihren Grund in allgemeinen Stimmungen, in allerer jülicher Verdruss, sie lässt sich nicht im Einzelnen nachweisen oder verschweigen und ist doch die weitaus größte Gefahr der jetzigen Bewegung, denn sie befürchtet, dass die Beteiligung der ausgesonnenen Elemente an der Wahl nicht so stark werden wird, wie in dieser Zeit unerlässlich ist. Der Groll über das Verhalten gegen den Fürsten Bismarck sitzt tief im Herzen, und mannigfacher Verdruss über das neue Regiment saugt aus mancher Rede, aus mancher stillen Beobachtung soviel Nahrung, dass vielen Vaterlandsfreunden die politische Unthätigkeit nicht nur als erlaubt, sondern sogar als ein Beweis von Charakter erscheint. Diese Lage ist so tödlich wie möglich, sie gleicht der des Knaben, der sich freut, die Hände zu erfrieren, weil ihm sein Vater keine Handschuhe gegeben, aber wir Deutschen haben nun einmal die Eigenthümlichkeit, zu politischen Kindern zu werden, wenn uns nicht Alles nach dem Herzen geht. Es ist Zeit, diese Gefahr zu erkennen und dringend davor zu warnen. Wir sagen also: Und wenn der Kaiser wirklich das Misstrauen verdiente, welches heutzutage viele Deutsche gegen ihn hegen, wenn wir uns völlig blind machen wollten gegen seinen feurigen idealen Willen und seinen lebendigen Thätigkeitsdrang, weil es unsere Größe wäre, nur die Eigenschaften zu bemerken, die uns nicht begehren — wäre das ein Grund, in Gleichgültigkeit zu verfallen, sollte es nicht vielmehr ein schärfer Antrieb sein, unser eigenes Verantwortlichkeitsgefühl zu steigern und durch vermehrte politische Thätigkeit zu bekräftigen? Steht nicht unsere Erkenntnis von der Unentbehrlichkeit eines monarchisch regierten Deutschlands thurnhoch über jedem Missfallen, das wir etwa an dem Thun und Lassen eines Kaisers nehmen könnten? Sorgen wir etwa nicht am besten für uns und unser Volksthum, indem wir keinen Verdruss jemals an unfre selbstverständliche Treue für jeden deutschen Kaiser rühren lassen? Zertrümmern wir etwa nicht mit eigener Hand unser bluterkauftes Reich und unsere deutschen Ideale, wenn wir durch Unthätigkeit dem Kaiser zeigen wollten, dass uns dies und jenes an ihm nicht beghagt? — Und nun kommt zu diesen guten Gründen, die kein Zweifel auch nur berühren kann, für die jetzige Wahl die Ueberzeugung, dass der Kaiser selbst sie herbeigeführt hat, damit der einsichtige und nationale Theil des Volkes gegen die gewissenlos politischen Fraktionen ihm helfe zu dem, was er zum Schutz und Ansehen unsres Reiches für nöthig hält. Ist die Militärvorlage eine Einfindung müßiger Stunden des Generalstabes und Kriegsministeriums, oder eine bittere, aber unerlässliche Nothwendigkeit für uns und unser Vaterland? So und nur so steht heute die Frage für jeden nationalgelunnten Deutschen, und hiernach muß er handeln, nicht aber mißmuthig bei Seite stehen.

Deutsche Reich. Die im neuen Reichstag einzubringende Militärvorlage ist nach dem Antrage des Freiherrn von Huene bereits umgearbeitet worden. Der Be-

sehtentwurf als solcher ist fertiggestellt und nur die Begründung ist noch nicht ganz vollendet, dürfte aber in den nächsten Tagen ebenfalls fertiggestellt sein. Die erforderliche Deckung soll unter Verzicht der vorher in Aussicht genommenen Erhöhung der Branntwein- und Brausteuer beschafft werden. Am 28. Juni soll, wie schon berichtet, der neue Reichstag einberufen werden. Bis dahin können mit einiger Bestimmtheit sämtliche Stichwahlen beendet sein, deren Zahl bei der großen Parteienzersetzung eine ungewöhnlich starke sein wird.

Ueber die Stimmung in den Zentrumskreisen Schlesiens wird der „Köln. Volksztg.“ von dort geschrieben: „Da die Herren Graf Ballestrin, Freiherr von Huene, Dr. Porich und auch Herr Stiftsrath Horn (Reihe), der ebenfalls nicht mehr kandidiren will, die Leitung der Wahlbewegung ablehnen, so dürften die Schwierigkeiten recht ernst werden. Die Ansicht, dass den aufzustellenden Zentrumsmitgliedern die Ansicht, dass eine Stellungnahme zur Militärvorlage keine bindende Folge aber verlangt werden dürften, scheint allmählich die Oberhand zu gewinnen. Nicht wenig trägt dazu bei der Umstand, dass der älteste schlesische Zentrumsabgeordnete, Stiftsrath Horn, sich neulich auf einer Versammlung des Kreis-, katholischen Arbeitervereins dafür ausgesprochen hat, und auch die „Reißer Ztg.“ in dasselbe Jahrwasser einlenkt.“ — Der bisherige Zentrumsabgeordnete von Schalscha erklärt in der „Schles. Ztg.“ die Nachricht, er wolle kein Mandat mehr annehmen, für falsch. Nur die Influenza hinder- ihn, jetzt schon in die Wahlbewegung einzutreten.

Der „Vorwärts“ macht Andeutungen, dass der Br. des Prinzen Albrecht im Zusammenhange mit konservativen Väntken gegen den Grafen Caprivi stehe und bemerkt dabei u. a.: „Außerdem weiß Prinz Albrecht sicherlich ganz genau, dass Graf Caprivi ein persönlicher Gegner jeder Annäherung des Kaisers an den Fürsten Bismarck ist und aus dieser Abneigung gegen niemand ein Fehl macht. Wird doch erzählt, dass er vor Jahresfrist sogar sein Verbleiben im Amte einem damals schwebenden Annäherungsveruch gegenüber eingestanden habe. Vielleicht wird Graf Caprivi in diesem Verhalten wesentlich durch das auswärtige Amt beeinflusst, welches von sachkundigen Kreisen als die Seele des Widerstandes gegen jede Annäherung bezeichnet wird und in diesem Sinne wohl auch an der Auerhöfsten Stelle thätig ist.“ (Der Vorwärts scheint mit der Noth nur die nationalen Kreise verstimmen zu wollen.)

Wie sehr die gegenwärtige deutsche Wahlbewegung die Aufmerksamkeit des Auslandes erregt, beweist die Entsendung zahlreicher Sonderberichterstatter nach Berlin, wegen eingehender Mittheilungen über alle Wahlvorgänge im Reich. Vorläufig finden diese Herren freilich noch wenig zu berichten und müssen sich auf die Beschreibung untergeordneter Aeußerlichkeiten beschränken. Im Pariser „Temps“ finden wir einen ersten Bericht, der sich durch eine ruhige, wahrheitsgetreue Darstellung auszeichnet. Dem Berichterstatter ist es namentlich aufgefallen, dass die deutsche Bevölkerung keineswegs von wilder Leidenschaftlichkeit ergriffen ist, sondern fastblütig und mit ruhigem Ernst die Vorbereitungen für die bevorstehende wichtige Wahl trifft.

In der „Frei. Ztg.“ markirt sich die Befehdung der freisinnigen (recessionistischen) Vereinigung immer stärker. Sehr hartnackige Bemerkungen einer Wahl-Correspondenz dieser Vereinigung oder der „Danz. Ztg.“ werden als „gehässig“ und als „verheerend“ — in der „Frei. Ztg.“ — bezeichnet. Während in dem bisherigen Wahlkreise Dr. Bamberger's ohne Weiteres ein fortschrittlicher Candidat, Herr Träger, als Nachfolger des Ersteren aufgestellt wird, er gibt die Bekämpfung des Herrn Brömel in dessen Stettiner, des Herrn Pinze in dessen Oldenburger Candidatur seitens der Herren Richter und Genossen. Ebenso werden

den Candidaten der „Partei Hanel“ in Schleswig-Holstein radicale Gegencandidaten entgegengestellt.

Der anti-jeminitische Schriftsteller Carl Baasch wurde gestern vom Landgericht Berlin wegen verleumderischer Verleumdung des Auswärtigen Amtes, des Justizministers, des Geheimraths Kayser, des Geheimraths Eichhorn zu $\frac{1}{4}$ Jahren Gefängniß verurtheilt. Der Antrag auf Haftentlassung wurde abgelehnt.

Das Mittagblatt des „Hamburgischen Correspondenten“ schreibt: Der vereinzelte choleraverdächtige Erkrankungsfall in dem holsteinischen Dorfe Schiffbeck hat auch hier Anlaß zu Befürchtungen gegeben, die jedoch, wie wir aus bester Quelle versichern können, gänzlich unbegründet sind. Nach wie vor darf der Gesundheitszustand Hamburgs, der Stadt sowohl wie der Vororte und des Landgebietes, als ausgezeichnet betrachtet werden. Die bei dem Eintritt der wärmeren Jahreszeit nie ausbleibenden vereinzelten Fälle von Durchfall sind auch diesmal constatirt worden, aber in außerordentlich geringerer Zahl, als in sonstigen Jahren. Von tödlichen Erkrankungen verlief aber nur eine, bei einem Kinde, tödlich. Jedem welcher Cholerafall ist dagegen nicht vorgekommen, nicht einmal von choleraverdächtigem Fällen kann die Rede sein.

Der Kaiser hat bestimmt, dass zur Kenntlichmachung der im Feuergefecht unterlegenen Truppen bei den Befehdsübungen Flaggen eingeführt werde, die in einem gelben Rahmen mit schwarzem Kreuz bestehen.

England. Nur in einigen Theilen Englands ist endlich Regen gekommen. In der Gegend von Wimbors, Reading, Newbury, in Nord-Boreesterhire und Shropshire, in Tavistock und Exshom gab es Gewitter. In London fällt noch immer kein Tropfen vom Himmel. In West-Norfolk macht sich die lange Dürre schon stark fühlbar. Das Gras verdorrt und die Heuernte gilt schon als verloren. Die Preise für Vieh sind deshalb gesunken, weil so wenig Futter da ist. Gerste und Hafer werden nur den halben Ertrag geben.

Italien. Der „Popolo Romano“ erklärt die Gerüchte von einer Verlobung des Prinzen von Neapel mit einer deutschen oder englischen Prinzessin für vollständig unbegründet.

Portugal. Die Kammer in Lissabon hat endgültig und einstimmig, abgesehen von den Stimmen der Republikaner, das Gesetz über die auswärtige Schuld mit dem vom Finanzminister vorgeschlagenen Änderungen angenommen. Danach sollen die Zinsen der auswärtigen Schuld eine Aufbesserung über $\frac{1}{2}$ v. H. hinaus erfahren aus den Ersparnissen, welche aus dem Rückgange des Goldagio unter 22 v. H. sich ergeben würden. Der Genuss der in dem Gesetzentwurf vorgesehenen Zinsvergünstigungen soll vom 1. Juli d. J. ab in Kraft treten.

Amerika. Der Widerstand der Ver. Staaten gegen die Chinesen-Einwanderung scheint vergeblich zu sein. Der „Times“ wird aus Philadelphia gemeldet: Die Entscheidung des Obersten Gerichtshofes, dass das Gesetz, wonach nicht-registrierte Chinesen ausgewiesen werden sollen, mit der Verfassung nicht in Widerspruch steht, wird voraussichtlich keine praktischen Folgen haben, weil die Ausführung des Gesetzes zu große Kosten verursachen würde und möglicher Weise Repressalien zur Folge haben könnte. Man glaubt, dass die chinesische Gesandtschaft in Washington verlassen würde. Dem „Standard“ geht eine Meldung aus New-York zu, der zufolge nach Mittheilungen von Missionaren der General-gouverneur von Petchili, Li-hung-tschang gedroht hätte, sämtliche gegenwärtig in China weilenden Bürger der Vereinigten Staaten auszuweisen. In Kreisen der Kriegsmarine werde die Möglichkeit eines Kriegsausbruchs erörtert.